

„Die Rechte gewinnt - die Linke verliert“

Was sind die Gründe für den Niedergang der Linken und für den Aufstieg der AfD bei den Wahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen?

Referat von Hans Bauer am 14. Februar 2020 im Marx-Engels-Zentrum Berlin (MEZ)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Diese Feststellung bringt das Wahlergebnis von 2019 in Ostdeutschland genau auf den Punkt. Allerdings ist es auch in der Tendenz für die Entwicklung in ganz Deutschland und darüber hinaus charakteristisch. Zur Erinnerung: Bereits die Europawahlen im Mai 2019 haben eine solche Rechtsentwicklung für Deutschland gezeigt:

LINKE:	5,5 %,	(- 1,9 %)
AfD:	11,0 %,	(+ 3,9 %)
SPD:	15,8 %	(-11,5 %)

Rechtsgewinne verzeichnen nach jüngeren Umfragen auch westliche Bundesländer, so Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern. Besonders drastisch war aber das Wahlergebnis in Ostdeutschland. Und es sieht nicht so aus, dass kurzfristig Änderungen zu erwarten sind.

I. Wahlergebnisse und Entwicklungen in Ostdeutschland

Schauen wir uns zusammengefasst die Ergebnisse zu den Landtagswahlen 2019 in den ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zu den Wahlen 2014 an:

Brandenburg am 1. September 2019

LINKE:	10,7 %	- 7,9 %	(ZDF-Umfrage am 29.08.2019: 14 %)
AfD:	23,5 %	+11,3 %	(ZDF-Umfrage am 29.08.2019: 21 %)

Thüringen am 27. Oktober 2019

LINKE:	31 %	+ 4 %	(Forschungsgruppe Wahlen am 17.10.2019: 27 %)
AfD:	23,4 %	+ 3,4 %	(Forschungsgruppe Wahlen am 17.10.2019: 20 %)

Gemäß Umfragen im Januar 2020 würde die Linke 32 %, im Februar 40 % der Stimmen erhalten. Der AfD wurden 24 % bzw. 25 % der Stimmen prognostiziert.

Durch die jüngsten Entwicklungen in Thüringen lassen sich jedoch keine annähernd zuverlässigen Aussagen treffen.

In Mecklenburg-Vorpommern fanden zwar keine Wahlen statt, aber dort zeichnet sich eine ähnliche Rechtsentwicklung ab: Laut einer Umfrage im Januar 2020 würde die LINKE 14%, die AfD 19% der Stimmen erhalten.

Für Thüringen sind zwei Feststellungen bedeutsam:

- Der Wahlkampf war fast ausschließlich auf Ministerpräsident Ramelow ausgerichtet. Die Partei Die LINKE war im Wahlkampf teilweise gar nicht ausdrücklich sichtbar.
- Die LINKE wurde zwar stärkste Partei. Aber die „linke“ Koalition verlor, so dass sie keine Regierungsmehrheit mehr hatte mit den inzwischen bekannten Folgen.

Die Parteispitze der LINKEN bejubelte zwar den Gewinn des MP Ramelow, mit Ursachen der Verluste von Brandenburg und Sachsen sowie den tatsächlichen Hintergründen der Thüringer Ergebnisse befasste sie sich nicht tiefgehend.

Ihre Einschätzung zu Thüringen: Die Wählerinnen und Wähler wollen ihren Ministerpräsidenten behalten. Klug und besonnen Politik machen und klare Haltung zeigen, souverän, authentisch, geradlinig, Geschlossenheit.

Wir wissen, Wahlen sind Momentaufnahmen. Von vielen Faktoren beeinflusst: Wahlpropaganda, Manipulation und Lügen. Aber sie spiegeln zugleich den Zustand einer Gesellschaft wider. Für Ostdeutschland sind die Ergebnisse nicht überraschend. Erinnert sei hier an Pegida und andere rechte Strömungen seit mehreren Jahren. Bereits im Vorfeld wiesen Umfragen ähnliche Werte wie die Wahlergebnisse aus.

Politiker aller Lager erkannten das natürlich. Vor allem die Unzufriedenheit der Menschen im Osten. Deshalb versuchten sie, durch Worte und Versprechungen Einfluss zu nehmen: „Kultureller Kolonialismus“, „Missstand durch Westdeutsche Eliten“, „Interpretationshoheit durch Westdeutsche“ u.ä. Einschätzungen sollten die Ostdeutschen beruhigen. Ostdeutsche Ministerpräsidenten gaben Fehler im Einigungsprozess zu.

Die Partei Die LINKE erkannte das auch, erwies sich aber als zu inkonsequent, um die Ostdeutschen zu gewinnen. Alle parteipolitischen Bemühungen blieben oberflächlich, widersprüchlich und führten nicht zu ernsthaften Veränderungen. Auch die im Ergebnis der Wahlen durchgeführten Analysen spiegeln m. E. nur ungenügend die wirklichen Ursachen wider.

II. Gründe für das Wahlverhalten

Der Wahlausgang in ostdeutschen Bundesländern ist das Ergebnis einer Jahrzehnte langen Entwicklung. Spiegelt die tiefe Unzufriedenheit der ostdeutschen Bevölkerung wider.

Wo liegen die Ursachen für Unzufriedenheit und Wahlverhalten? Nach meiner Auffassung sind es drei, die miteinander verbunden sind, unterschiedlich ausgeprägt sind und differenziert auf verschiedene Bevölkerungsgruppen zutreffen.

1. Der Einigungsprozess (ein Ergebnis mit Langzeitwirkung)

Das betrifft die Erfahrungen und Gefühle der Menschen. Große Teile der ostdeutschen Bevölkerung stehen unter dem Eindruck und ihren andauernden Erfahrungen der Widersprüche und Probleme in Deutschland, besonders im Osten. Dazu zählen viele Unsicherheiten, wie ständige Strukturänderungen in den Regionen, chaotische Zustände anlässlich der Flüchtlingsströme, die zunehmende Wohnungsnot und steigende Mieten, der krasse Unterschied Stadt-Land und die damit verbundenen Versorgungsunterschiede. Sie haben nicht das Gefühl tatsächlicher gleichberechtigter Vereinigung, sondern fühlen eine Angliederung, die sie benachteiligt.

Westdeutsche bestimmen nach fast 30 Jahren, Ostdeutsche haben nichts zu sagen.

Wenn auch vielen von ihnen nicht bewusst, rächt sich hier der überstürzte Prozess der Vereinigung: Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes (GG) und nicht Vereinigung nach Artikel 146 GG. Nach Artikel 146 GG hätte ein demokratischer Prozess zur Ausarbeitung einer Verfassung stattfinden können. Die Menschen spüren nicht, dass sie am staatlichen Entscheidungsprozess beteiligt sind.

Artikel 36 GG sieht vor, dass alle Länder in den obersten Bundesbehörden angemessen vertreten sind.

Die Bevölkerung Ostdeutschlands beträgt ca. 17%, Spitzenpositionen sind tatsächlich aber nur ca. 1,7% der Ostdeutschen besetzt. Nur drei der Regierungsdienststellen befinden sich im Osten,

die Präsidenten der Obersten Gerichte stammen aus dem Westen. Viele Beamte kamen aus dem Westen (bis 1992 über 35 000) in den Osten. Sprache, Form und Stil sind fremd: westdeutsch geprägt, bevormundend, diffamierend. Bürger fühlen sich als Menschen zweiter Klasse.

Die wachsende Unzufriedenheit wurde nicht zur Kenntnis genommen oder als Undankbarkeit abgetan. Den Ostdeutschen wird ihr Leben erklärt und bewertet. Dazu zählen auch würdelose Überprüfungen seit Jahrzehnten (durch die Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), "Gauck-Behörde" genannt, sowie eine ihr Leben fälschende Gedenk- und Erinnerungskultur.

Die Schweizer Soziologin Dr. Yana Milev stellt fest: »Der Osten wird vom Westen verwaltet und beherrscht«. Ostdeutschland ist wie eine **"Kolonie im eigenen Land"**.

Der Philosoph Sartre charakterisierte den französischen Kolonialismus in einem Vortrag wie folgt: Widerstand brechen, Kader zerschlagen, Bevölkerung unterwerfen (terrorisieren), Wirtschaftssystem etablieren, Absatzmärkte schaffen.

Das Verhalten westdeutscher Politik gegenüber der angegliederten DDR weist gravierende Ähnlichkeiten auf.

2. Die soziale und materielle Lage

Das Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) kam in einer Studie 2019 u.a. zu folgendem Ergebnis:

- kein neues Bundesland erreicht die Produktivität des schwächsten alten Bundesländer;
- nur 36 der 500 großen deutschen Unternehmen haben ihren Sitz im Osten
- Unternehmen im Osten haben 20% weniger Produktivität.

Die Wirtschaftskraft hat entscheidenden Einfluss auf die soziale Lage. Genannt seien hier allein die krassen Einkommensunterschiede: Bei vergleichbarer Tätigkeit erhalten Vollzeitbeschäftigte im Osten im Durchschnitt 700 € weniger als im Westen. Zwischen Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern liegt sogar ein Unterschied von ca. 1.200 €.

Der *Rentenwert Ost* beträgt knapp 96 % des aktuellen Rentenwertes West. Wenn es nach dem Renten-Überleitungs-Abschlussgesetz geht, werden 100 Prozent erst im Jahr 2024 erreicht - und dann mit allen geplanten Nachteilen. So erhalten Dutzende von Berufsgruppen der DDR nicht die ihnen zustehende Rente erhalten. Eine Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wurde nicht angenommen).

Der Artikel 72 des Grundgesetzes (GG) vom 15. November 1994 legt die "Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet" (in einer früheren Fassung sogar "einheitlicher Lebensverhältnisse") fest. Doch innerhalb des einheitlichen Staatsgebietes der BRD sind etwa ein Fünftel der Bürger seit Jahrzehnten benachteiligt. Das ist eine Verletzung des GG.

3. Unterschiedliches Wertesystem Ost-West

Ein weiteres Feld der Unzufriedenheit bleibt aus politischen Gründen unerwähnt und demzufolge unbearbeitet. Es ist das unterschiedliche Wertesystem, das sich über 40 Jahre zwischen der alten BRD und der DDR entwickelt hat. In beiden deutschen Staaten haben sich - als Ergebnis völlig unterschiedlicher Systeme zwischen Kapitalismus und Sozialismus - in vielen Bereichen konträre Werte herausgebildet, darunter möglicherweise auch ein unterschiedliches Nationalbewusstsein. Dieses hatte Einfluss nicht nur auf politische Anschauungen, sondern auch auf das Alltagsleben. Es entwickelten und verfestigten sich eigenständige Welt- und Lebensvorstellungen.

Die BRD orientierte sich am westlichen Wertesystem des Abendlandes, der Westmächte, insbesondere den USA, bis hin ins Alltagsleben (Kultur, Musik, Sprache u.a.). Das DDR-sozialistische Wertesystem war an der Sowjetunion orientiert. So trafen zwei Welten aufeinander

und wirken fort in den politischen, humanen und moralischen Grundwerten in der Gesellschaft und betreffen auch das Verhältnis von Individualität und Kollektivität.

Die unterschiedliche Sozialisierung hat unterschiedliche Werte geprägt. Die Werte der DDR werden jedoch völlig missachtet. Auch "linke" Wissenschaftler nehmen sich dieser Thematik nicht an. Sie wirken bei vielen Menschen, auch jüngeren Generationen unbewusst fort. Bei gesellschaftlich aktiven Menschen ist dies sogar eine starke Motivation für den politischen Kampf.

Diese Werte bestimmen wesentlich politische Positionen vieler ehemaliger DDR-Bürger und die Auseinandersetzungen in der Gegenwart, so u.a. in den folgenden Bereichen:

Friedenspolitik: Sie war in DDR stets präsent und wird auch weiterhin durch Vorschläge und Initiativen fortgeführt.

Antifaschismus: Entgegen der im Westen verbreiteten Annahme, das er verordnet wurde, wurde er in der DDR als selbstverständlich empfunden. Auseinandersetzungen mit Faschisten wurden im Osten durch faschistische Umtriebe vor allem aus dem Westen neu belebt. Im Westen wurde der Faschismus nie konsequent bekämpft und überwunden.

Solidarität untereinander: Die Schweizer Soziologin Dr. Yana Milev erlebte in der DDR ein "Gemeinschaftsgefühl, ein kollektives Selbstbewusstsein und einen solidarischen Zusammenhalt". Und so war auch die allgemeine Atmosphäre in der DDR-Gesellschaft.

Internationalismus: Er spielte in der DDR eine große Rolle. So war die Unterstützung der Entwicklungsländer gesellschaftlich geboten und durch regelmäßige, auch individuelle Spenden Bestandteil des solidarischen Verhaltens. Mit den östlichen Nachbarn Sowjetunion (SU) und Russland hat sich eine tiefe Verbundenheit herausgebildet. Ursachen dafür sind die Befreiung vom Faschismus und die großen Opfer der SU im zweiten Weltkrieg. Aber auch die enge Zusammenarbeit auf allen Gebieten über Jahrzehnte und die Kenntnis der sowjetisch/russischen Geschichte und Kultur bewirkten und bewirken bis heute ein tiefes Gefühl des Zusammengehörens.

Daraus resultiert auch die besondere Gegnerschaft zur NATO und zur feindlichen Politik gegenüber Russland sowie die Verurteilung der Sanktionen und das Engagement gegen das Manöver "Defender 2020".

Viele Menschen im Osten, vor allem politisch Interessierte, können die sklavische Bindung an die USA, den Hass gegen Russland, die "Erinnerungspolitik DDR" etc. nicht verstehen. Das stimmt mit ihren Lebenserfahrungen nicht überein. Doch sie werden weder gehört noch beachtet, eher werden sie beschimpft.

III. Verantwortung, Verhalten und Umgang der Parteien mit den Problemen Ostdeutschlands

Die Erkenntnis, dass große Teile der ostdeutschen Bevölkerung nicht in die Einheit hineingewachsen sind, ist den politischen Akteuren zunehmend bewusst. Die Ursache wird vorwiegend in sozialen Defiziten und Missständen gesehen. Die oben benannten weiteren Ursachen werden bewusst negiert, von manchen Politikern, insbesondere das Wertesystem, sicherlich auch gar nicht erkannt.

Die Parteien CDU, CSU, FDP, Die Grünen und die SPD sind an einer echten "Eingliederung" nur im Sinne ihrer Politik interessiert. Unruhe in Ostdeutschland stört die Machtansprüche der Herrschenden. Dabei geraten sie in Widersprüche: Einerseits soll der Osten befriedet und gewonnen werden, andererseits werden die Ostdeutschen weiterhin beleidigt und beschimpft mit Bewertungen wie "Unrechtsstaat DDR", unmündige Demokratie und Ausländerhasser. Pauschal werden aufmüpfige Ostdeutsche in die rechte Ecke gestellt.

Übereinstimmung besteht jedoch darin, dass die Verbesserung und Angleichung der Lebensverhältnisse notwendig ist. Auch DIE LINKE unterbreitet diesbezüglich Vorschläge, was allerdings kein besonderes Unterscheidungsmerkmal gegenüber anderen Parteien ist. Grundlegende Kritik wird auch von dieser Partei nicht geübt.

1. Linke Opposition in Parlamenten (DIE LINKE)

Die LINKE ist nicht als fundamentale Opposition wahrnehmbar, weil sie dies nicht ist. Für die Bürger ist sie kaum unterscheidbar von anderen Parteien - mit Ausnahme der Themen Krieg und Frieden, allerdings sind auch hier Schwankungen spürbar. In den Landesparlamenten beschränkt sich DIE LINKE auf Landesthemen. In den Ländern wird aber beispielsweise mit Übungsplätzen und Manövern auch Militarisierung betrieben. Vom Anspruch einer sozialistischen Partei ist deren Akzeptanz weit entfernt.

In ihrem Streben nach Mitregieren passt sich DIE LINKE immer mehr dem System an. Zunehmend erfolgt die Annäherung an die anderen Parteien. DIE LINKE ist im Kapitalismus angekommen. Sie wird nicht mehr - wie zu Beginn - ausgegrenzt. Die Beteiligung an der Bundesregierung ist ihr Bestreben. Der gemeinsame Kampf gegen die AfD schweißt scheinbar etwas zusammen, was nicht zusammen gehört - wenn es links ist.

In Thüringen buhlt die LINKE jetzt um Stimmen der CDU. Obwohl die AfD aus dem rechten Flügel der CDU kommt und enge inhaltliche Verbindungen zur CDU, FDP und AfD bestehen, was die Thüringen-Wahl gezeigt hat.

Zum Thema DDR zeichnet sich Die LINKE durch Schweigen, Distanzieren, Ablehnung aus, obwohl die ehemaligen DDR-Bürger einen Großteil der Bevölkerung der ehemaligen DDR ausmachen.

Äußerungen von führenden Politikern der LINKEN beweisen Geschichtsvergessenheit und Desinteresse an der ostdeutschen Bevölkerung. Der Soziologe Daniel Kubiak vergleicht die Ostdeutschen mit Migranten: "Ich sehe Analogien zwischen Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Über beide Gruppen heißt es oft: Sie sind noch nicht »angekommen«. Aber wo angekommen?" Derartige Überlegungen kommen nicht von der LINKEN.

In den Landesregierungen hat die LINKE zusätzlich "besondere" Verdienste zur Aufarbeitung der DDR erworben, die sie in Koalitionsvereinbarungen festgeschrieben hat. Beispiele sind die Enquetekommission und die Benennung einer Diktaturbeauftragten in Brandenburg, die Etablierung von "Lern- und Erinnerungsorten" in Berlin sowie die Vorreiterrolle Thüringens zur DDR-Aufarbeitung in allen ostdeutschen Bundesländern.

Der Thüringer Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2019 - der zwar fest vereinbart, sich aber noch in der Schwebe befindet - übertrifft alles Bisherige. Hier ein Auszug:

"Die Parteien verständigen sich darauf, nicht mit Organisationen, die das DDR-Unrecht relativieren, zusammenzuarbeiten. Die Koalition wird keine Personen, die direkt oder indirekt mit dem Sicherheitssystem der DDR zusammengearbeitet haben, in Positionen dieser Regierung entsenden.

Ebenso sollen Menschen, die leugnen, dass die DDR kein Rechtsstaat war, keine Verantwortung in der gemeinsamen politischen Arbeit für Thüringen wahrnehmen."

Das ist eine neue Variante der Berufsverbote - vereinbart von führenden Politikern der Partei DIE LINKE. Neue Berufsverbote!!! Ein Skandal! Von links aber kommt keine Reaktion!

DIE LINKE - hervorgegangen aus der SED der DDR - trägt damit besondere Verantwortung für die ostdeutsche Bevölkerung. DIE LINKE ist aber dieser Verantwortung gegenüber Ostdeutsch-

land in zunehmendem Maße nicht nur nicht gerecht geworden. Im Gegenteil: Sie beteiligt sich an Hetze, Verleumdung und Hexenjagd.

Offenbar war sie sich zu den Wahlen der Stimmen im Osten sicher. Dabei aber hat sie sich überschätzt, die Unzufriedenheit falsch eingeschätzt. Die Wahlen sind das Ergebnis einer abgehobenen Führung.

Mit Traumtänzereien, von die Äußerung der Vorsitzenden Kipping, Ostdeutsche und Westdeutsche sollen sich Fehler verzeihen, es brauche einen "gesamtdeutschen Wärmestrom" u. ä., lässt sich keine innere Einheit herstellen.

DIE LINKE hat ihre Herkunft und ihre Verantwortung für den Osten verraten, den Osten im Stich gelassen. Sie ist keine Alternative zu den etablierten Parteien.

2. Rechte profitiert vom Versagen der Linken

Das AfD-Programm sowie grundsätzliche Forderungen dieser Partei spielen öffentlich kaum eine Rolle. Der Charakter der AfD - sichtbar durch die Gründung, die Gründer, ihre Verbindungen zu Monopolen und Herrschenden, zur Bundeswehr, zu Strömungen in CDU/CSU und die von diesen vertretene deutsche Leitkultur - interessiert die meisten nicht. Dabei bedient AfD rechte Klischees von Flüchtlingen, Deutscher Nation, Rassismus, Terrorismus und verbindet Nationalismus mit sozialer Demagogie.

Das Grundsatzprogramm "Mut zu Deutschland" enthält natürlich auch sozialpolitische Akzente. Nicht erkannt wird aber, dass die AfD die Partei des deutschen Imperialismus zur Absicherung für Deutschland als imperialistische Großmacht ist (Anton Latzo). Sie greift scheinbar Probleme auf und bringt sie populistisch an die Öffentlichkeit. Sie sorgt für Unruhe, Aufregung, wird wahrgenommen. Wirkt nach außen als "starke Opposition", leistet scheinbar echten Widerstand gegen das bestehende System. Das wird bestärkt durch die Erfahrung, dass alle Parteien (scheinbar) gegen die AfD sind.

Viele Menschen, besonders auch im Osten, spüren und sind der Meinung, dass hier eine Kraft ist, die nicht klein beigt, gegen das Etablierte hält, die bestehenden Zustände angreift. So stellte der Intendant des Cottbusser Staatstheaters, der Schweizer Stephan Märki, als eine Ursache für die AfD-Erfolge fest: "Die AfD spricht das Gefühl der Menschen an!! Die fehlende Wertschätzung ist eine der Ursachen der Frustration. Viele glauben, die AfD sei die Partei, die sie erhört." Deshalb laufen viele diesen Rattenfängern hinterher - und wählen sie, wie die Ergebnisse zeigen.

Die wirklichen Ursachen benennt Dimitroff: "Die vom bürgerlichen System enttäuschten Massen lockt der Faschismus durch Schärfe und Unversöhnlichkeit seiner Angriffe auf die alten bürgerlichen Parteien (...). Nimmt Ängste auf, Verzweiflung vor Arbeitslosigkeit, Armut und Deklassierung."

Linke Parteien wie DIE LINKE wenden sich zwar gegen die AfD, aber ohne in aller Klarheit ihre Wurzeln und Verankerung im System zu benennen - dazu müssten sie sich folgerichtig auch mit der CDU, der CSU u.a. anlegen - und ohne Mitglieder und Wähler der AfD differenziert zu sehen, um zu vermeiden, dass sie damit der Sympathie für AfD bezichtigt werden könnten. So werden "Verirrte" allein gelassen, der AfD überlassen, als rechts abgetan.

IV. Was gegen den Aufstieg der Rechten tun?

Eine Umkehr der Partei DIE LINKE ist nicht absehbar. Sie ist im System etabliert, mutiert zur Sozialdemokratie, trachtet nach Regierungsmacht in weiteren Ländern wie auf Bundesebene.

Um Faschismus aufzuhalten, ist dringend Folgendes geboten:

- **Einheit der Linken**, Einheit von Kommunisten und Sozialisten (kommunistische Parteien und Gruppen, Parteilose, auch Teile der LINKEN), Beendigung von Grabenkämpfen in nebensächlichen Detailfragen.
- **Breite Einheitsfront** (Modell Volksfront) gegen die gegenwärtige Politik des Krieges nach innen und außen

Notwendig dazu ist:

- 1. an der inneren Einheit Linker zu wirken,**
- 2. Aufklärung über den Charakter der heutigen Politik im vereinten Deutschland,**
- 3. die Organisation gemeinsamer Aktionen mit Verbündeten gegen Faschismus und Krieg.**